

04.12.2023

Neudruck

Rechtsausschuss

Dr. Werner Pfeil MdL

Einladung

32. Sitzung (öffentlich, Livestream)
des Rechtsausschusses
am Mittwoch, dem 6. Dezember 2023,
13.30 Uhr bis 15.30 Uhr, Raum E1 D05

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Gemäß § 53 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtags berufe ich den Ausschuss ein und setze folgende Tagesordnung fest:

Tagesordnung

1. **Verfassungsbeschwerde wegen der Behauptung mehrerer Städte, Bestimmungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2023 verstießen gegen das Recht auf Selbstverwaltung aus Art. 78 Abs. 1, Art. 79 Satz 2 LV NRW, soweit darin für kreisfreie Städte höhere fiktive Hebesätze festgelegt sind als für kreisangehörige Städte und Gemeinden**

VerfGH 101/23
Vertrauliche Vorlage 18/104

2. **Besserer Schutz vor gewalttätigen Wiederholungstätern. Einführung eines Resozialisierungsgesetzes auch in Nordrhein-Westfalen!**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3654

Ausschussprotokoll 18/360

abschließende Beratung und Abstimmung

- 3. Bevor die Landesregierung Entscheidungen über die KI- und Legal Tech-Strategie der Justiz trifft, muss ein breiter und öffentlicher interdisziplinärer Diskurs über die Anwendung von Künstlicher Intelligenz in der Justiz geführt werden.**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4134

Ausschussprotokoll 18/383

- 4. Novellierung der Justizwachtmeister-Ausbildung dringend erforderlich!**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4349

Ausschussprotokoll 18/404

- 5. Einführung eines Ideen-Wettbewerbs für die NRW-Justiz zum Einsatz von Informationstechnologie (IT) und Künstlicher Intelligenz (KI) in Nord-rhein-Westfalen.**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4570

Stellungnahme 18/1016
Stellungnahme 18/1023
Stellungnahme 18/1025
Stellungnahme 18/1038

- 6. Gesetz zur Modernisierung des Gesetzes über die NRW.BANK und der Gesetze berufsständischer Versorgungswerke**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/5349

Ausschussprotokoll 18/390

abschließende Beratung und Abstimmung

- 7. Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz Hinweisgebender Personen (Hinweisgeber-schutzgesetz - HinSchG) und zur ergänzenden Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/5468

Stellungnahme 18/1048
Stellungnahme 18/1061
weitere Stellungnahmen erwartet

abschließende Beratung und Abstimmung

8. **Vermögensabschöpfung ist das zentrale Instrument zur Bekämpfung von Clankriminalität – Justizminister Limbach muss endlich handeln.**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6762

9. **93 Millionen Euro vom Bund für geförderte Digitalprojekte der Länderjustiz- wie erfolgt die Umsetzung in NRW?**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 18/1991

10. **NRW ein Profil für europäische und internationale Wirtschaftsstreitigkeiten geben durch Stärkung der Schiedsgerichtsbarkeit am Standort Bonn geben!**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 18/1998

11. **Einsatz von Chat GPT in der Justiz- werden die Vorschläge der Sachverständigen aus der Anhörung im Rechtsausschuss am 13.06.2023 umgesetzt?, Welches Konzept hat die KI-Task-force erarbeitet und wie oft hat der Minister persönlich hier das Gespräch gesucht?**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 18/1995

12. **Einführung eines integrierten Bachelor of Law auch in NRW - Wo bleibt der Gesetzesentwurf der Landesregierung?**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 18/1994

13. **Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher müssen bei ihrer Arbeit vor Übergriffen bestmöglich geschützt sein - wieso gibt es Lieferprobleme bei Sicherheitswesten?**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 18/1997

14. **Warum sind Antworten so schwierig? Offene Fragen zu den Änderungen des Dolmetschergesetzes und zum unvollständigen Bericht des Justizministers im Rechtsausschuss am 08.11.2023**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 18/2001

15. **WAZ vom 20.11.2023 „Ein Staatsanwalt packt aus“ – Staatsanwälte sind in NRW praktisch immer am Limit. Sofortige Hilfe ist notwendig durch Umverteilung von Richtern auf die Staatsanwaltschaft wegen unterschiedlicher Belastungsquoten!**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 18/2002

- 16. Ungeplante Mehrkosten bei dem Neubau der Justizvollzugsanstalt Münster aufgrund von Planungsfehlern, Ausführungsfehler oder Überwachungsfehler?**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 18/2000

- 17. Die Geschäftsstellen pfeifen oft auf dem letzten Loch ! Vorausschauende Planung für die Sicherstellung ausreichender Servicekräfte auf den Geschäftsstellen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften ist zwingend notwendig, was macht das Ministerium?**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 18/1993

- 18. Sachverständige fehlen überall ! Welche Gespräche führt der Justizminister, welche Aktionen plant der Justizminister und welche Online-Bewerbungs-Strategie hat der Justizminister schon in Auftrag gegeben, um gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, den Ärzte- und Pflegekammern, den Architektenkammern etc, neue interessierte potentielle Sachverständige zu finden (für Baumängelfverfahren, Arzthaftungsfälle, Werkvertragsprozesse, Produkthaftungsfälle etc., etc.) und warum gibt es in NRW kein Sachverständigenportal für alle Gerichte, in denen Sachverständigenaufträge durch die Gerichte bekannt gegeben werden und sich interessierte Sachverständige melden könnten, so dass Richterinnen und Richtern eine Auswahlmöglichkeit zur Verfügung gestellt wird?**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 18/1999

- 19. Besetzung der Stelle des Leitenden Oberstaatsanwaltes in Dortmund – Nachfrage !**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 18/1992

- 20. Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Straftaten gegen Betriebsverfassungsorgane und Ihre Mitglieder**

Bericht der Landesregierung
Vorlage wird erwartet

- 21. Einschätzung und Bewertung verschiedener Äußerungen im Zusammenhang mit propalästinensischen Demonstrationen**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 18/1996

- 22. Wirklich kein Näheverhältnis? Nicht nur der Minister kannte die bevorzugte Mitbewerberin um die Stelle der OVG-Präsidenschaft persönlich**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 18/2003

**23. Flucht eines Untersuchungsgefangenen am 01.12.2023 aus dem Amtsgericht
Duisburg-Hamborn**

Bericht der Landesregierung

24. Verschiedenes

gez. Dr. Werner Pfeil
- Vorsitz -

F. d. R.

Markus Müller
Ausschussassistentz